

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., Vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., Vierteljährlich 4,50 Mk. — Feste- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: J. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Sternschiefer Straße 38—42. Telefon-Nr. 93 u. 90. Telegr.-Adr.: Uffebaub Bochum.

Volksernährung in der Kriegszeit

Das gänzliche Fehlen einer umfassenden Organisation in der Warenherstellung und Warenverteilung machte naturgemäß während der Kriegszeit die schlimmsten Auswüchse zeitigen und alle Maßnahmen der Regierungen und Behörden konnten leider nicht hindern, daß die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel für die ärmeren Volksklassen fast unerträglich geworden sind. Schon gleich zu Kriegsbeginn suchten die Behörden den gewissenlosen Preistreibern durch Höchstpreise zu steuern, leider mit wenig Erfolg; das einzig wirkliche Mittel, dem gewissenlosen Treiben von vornherein zu begegnen, Bestandaufnahme und Beschlagnehmung der Vorräte und Verteilung durch den Staat, wurde aber leider nicht angewandt.

Erfst am 28. Oktober 1914 hat der Bundesrat nach langem Zögern Höchstpreise für Roggen, Weizen, Gerste und Kleie festgesetzt und zwar in Berlin für die Tonne Roggen 220 Mk., Weizen 260,50 Mk., Gerste 205 bis 210 Mk., Kleie 130 Mk. Diese Preise übersteigen die früheren ganz außerordentlich. So betrug der Preis in Berlin für Roggen

im Durchschnitt der Jahre 1898—1908	185,80 Mk.
im Durchschnitt der Jahre 1904—1913	197,70 "
in der Woche vom 13. bis 18. Juli 1914	199,60 "

Der vom Bundesrat festgesetzte Höchstpreis übersteigt den Durchschnittspreis der Jahre 1898—1908, also um 86,20 Mk., den Durchschnittspreis der Jahre 1904—1913 um 52,30 Mk., und den Preis vom 13. bis 18. Juli 1914 um 50,50 Mk.

Die Höchstpreise für die übrigen Hauptorte des Reiches waren, je nachdem sie östlich oder westlich von Berlin liegen, niedriger oder höher. So betragen die Höchstpreise für Magdeburg 237, Braunschweig 227, Bremen 231, Breslau 212, Bromberg 209, Cassel 231, Köln 236, Danzig 212, Dortmund 235, Dresden 225, Duisburg 236, Gießen 232, Erfurt 229, Frankfurt a. M. 235, Weidwig 218, Hamburg 228, Hannover 228, Kiel 226, Königsberg 209, Leipzig 225, Magdeburg 224, Mannheim 230, München 237, Rosen 210, Moskau 218, Saarbrücken 237, Schwerin 219, Stettin 216, Straßburg 237, Stuttgart 237, Wilmannsdorf 237. Die Weizenpreise übersteigen diese Züge immer um 40 Mk. Die Höchstpreise blieben nur bis zum 31. Dezember 1914 unverändert, von da ab erhöhten sie sich am 1. und 15. jeden Monats bei Getreide um 1,50 Mk. pro Tonne, bei Kleie um 5 Pf. für den Doppelzentner. Die Höchstpreise galten für Vieierzucht ohne Saad und für Verzehrung bei Empfang.

Wir haben damals schon bedauert („Bergarb.-Ztg.“ vom 7. Nov. 1914), daß der Bundesrat nicht eher eingegriffen hat und noch mehr, daß die Preise nicht auf das natürliche und gerechtfertigte Maß zurückgebracht wurden. Wir wiesen darauf hin, daß z. B. der ehemalige Zentrum Abgeordnete Dr. Heim nachgewiesen habe, daß nach dem Kriegsausbruch die Produzenten selber nicht mehr als 140 bis 160 Mk. verlangten, daß die Produktions- und Marktbedingungen keine höheren Preise rechtfertigten und ein Kriegszuschlag von 25 Prozent schon etwas ganz Außerordentliches sei.

Im dem Kommentar zur Bundesratsverordnung über die Getreidehöchstpreise war schon gesagt:

„Wenn nach Abschluß der Kartoffelernte und nach der bevorstehenden Verbesserung der Transportmöglichkeiten die Kartoffelpreise nicht fallen, so werden auch hier Höchstpreise festzusetzen sein, obwohl die technischen Schwierigkeiten allein wegen der Qualitätsunterschiede nicht gering sind.“

Obwohl die Kartoffelpreise sich auch in der Folgezeit weiter steigerten, erfolgte die Festlegung der Höchstpreise durch den Bundesrat erst am 23. November 1914. Die Höchstpreise galten nur für die Produzenten und schwanken je nach dem Bezirk, in dem sie erzeugt wurden, zwischen 2,75 bis 3,05 Mk. für den Zentner. Danach hätte man annehmen sollen, daß sich der Preis für den Zentner Kartoffeln in den Industriebezirken auf höchstens 4—4,50 Mk. gestellt hätte. Aber die Preise gingen vielfach weit darüber hinaus, weil die Produzenten ihre Vorräte an Kartoffeln festhielten, die Höchstpreise zu umgehen suchten und den Händlern keine Preisgrenze gesetzt war. Wie die Höchstpreise von den Produzenten umgangen werden, zeigt folgender Briefwechsel zwischen einem Landwirt und einer Essener Großfirma, der in dem Organ des Kartoffelgroßhändlerverbandes veröffentlicht wird:

„L... den 3. 2. 1915.
Herrn... Essen (Ruhr).
Gabe 200 Zentner Silesta, mit der Hand verlesene Speisekartoffeln abzugeben. Was zahlen Sie dafür? Was geben Sie auf Strohpäckung? “

Ergebnis F. E., Gutsbesitzer.
Hierauf erteilte die Essener Firma folgende Antwort: “

„Essen (Ruhr), den 5. 2. 1915.
Herrn Gutsbesitzer F. E. in A.
Im Besiß Ihrer gest. Postkarte vom 3. d. M. biete ich Ihnen für abzugebende Silesta-Kartoffeln den gesetzlichen Höchstpreis frei Waggon dort. Für Strohpäckung habe ich anderweitig 2 Mark für den Zentner bezahlet. Falls Ihnen diese Preise genehm sind, würde ich den angebotenen Wagon kaufen und erbitte umgehend Bescheid. Kasse würde ich dann sofort zur Verladung einbringen.“

Dieses Angebot genügte aber dem Landwirt nicht. Er schrieb nämlich wie folgt: “

„L... den 8. 2. 1915.
Herrn... Essen (Ruhr).
Kartoffeln habe ich jetzt hier verkauft. Sie zahlen für Stroh zu wenig.“

Auch die Getreidehöchstpreise wurden in ähnlicher Weise umgangen. Mit ungläublicher Geschicklichkeit verstanden es die Verkäufer, sich Extraprofite zu sichern. Wie Herr v. Gerlach in einem Beispiel anführte, zahlte die Mühle, wenn der Doppelzentner Roggen 22 Mk. kostete, um den Landwirt zum Verkauf zu bewegen, neben dem Höchstpreis pro Saad eine Saadmiete von 1,50 Mk., obwohl der Kaufpreis des Saades vielleicht nur 60 Pf. beträgt, und vergütet ihm außerdem 3 Mk. „Speien“.

Werden Höchstpreise auch für Saadmiete und Speien festgesetzt,

so verpflichtet sich die Mühle, dem Verkäufer die Kleie zu einem lächerlich geringen Preise zurückzukaufen, damit er seinen Verdienst an der Kleie dem Höchstpreise zurechnen kann. Wird eine Art der Umgehung der Höchstpreise abgeschritten, wird stets eine neue gefunden.

Unter diesen Umständen ist es doppelt bedauerlich, daß der Bundesrat am 16. Februar 1915 die Höchstpreise für Kartoffeln um 1,75 Mk. pro Zentner heraufgesetzt hat. Dazu schreibt selbst die hiesige „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 47 vom 16. Februar 1915):

„Der heute gemeldete Beschluß des Bundesrats, die Höchstpreise für Kartoffeln sehr beträchtlich zu erhöhen — der Höchstpreis für den Zentner Speisekartoffeln, der bisher beim Produzenten 2,75 bis 3,05 Mk. betrug, wird um 1,75 Mk., also sehr bedeutend, heraufgesetzt — wird namentlich von der Masse der Verbraucher empfinden. Jede Erhöhung von einmal festgesetzten Höchstpreisen ist bedenklich, weil sie eine Prämie für diejenigen bedeutet, die gerade auf eine solche Erhöhung spekulierend, ihre Vorräte bisher künstlich zurückgehalten hatten. Die Zufuhr in die großen Verbrauchsbezirke ist zurzeit vielfach ungenügend, und die Vermutung liegt vor, daß zu große Kartoffelmengen verfault werden. Über gerade zur Alärnung der tatsächlichen Versorgungsverhältnisse wäre es vor allem anderen unbedingt nötig gewesen, daß man genau wie beim Getreide und Mehl zunächst einmal die vorhandenen Vorräte durch eine genaue Bestandaufnahme ermittelt, um danach eventuell zu einer allgemeinen Beschlagnehmung zu schreiten, die ja eine übermäßige Verfüllung am besten ausschließt. Daß die Regierung, dem lauten Verlangen der Öffentlichkeit zum Trotz, die Bestandaufnahme verweigert, gehört zu den wunderbarsten Unbegreiflichkeiten, die ihr Verhalten zur Lebensmittelversorgung in diesen Kriegsmoenten aufweist; es bestätigt die Notwendigkeit, daß der Reichstag, wenn er im nächsten Monat zur Staatsberatung zusammentritt, seine Kriegskommmission wirklich in Permanenz erklären und deren Befragung für alle Maßnahmen von solcher Wichtigkeit durchsetzen.“

Auch die Fleischpreise haben sich fast verdoppelt, trotz des großen Viehstandes und trotz des riesigen Auftriebes zu den Märkten. Der in der letzten Zeit unaufrichtig an die Bevölkerung erdrende Auf: „Kauft Fleischwaren, kauft Dauervaren, kauft Schinken und Dauerwurst!“ hat zu überhasteten, völlig undisziplinierter Einfäufen geführt und so Preissteigerungen hervorgerufen, wo alle Voraussetzungen zu starken Preisrückgängen gegeben waren. Dazu kamen noch die Käufe durch die Städte, Gemeinden und Militärbehörden.

Wie sich die Preise gesteigert haben, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung, die wir der „Mhein.-Westf. Zeitung“ entnehmen, wonach an dem für den Westen wichtigsten Kölner Markt notierten:

Preise für Schweine von 160—200 Pfund:			
20. Januar 1914:	für den Zentner Schlachtgewicht	64—66	Mk.
2. Februar 1914:	„ „ „ „	62—65	„
6. Oktober 1914:	„ „ „ „	64—68	„
25. Januar 1915:	„ „ „ „	79—83	„
1. Februar 1915:	„ „ „ „	84—90	„
8. Februar 1915:	„ „ „ „	90—96	„
15. Februar 1915:	„ „ „ „	100—105	„
Preise für Schweine von 200—240 Pfund:			
26. Januar 1914:	für den Zentner Schlachtgewicht	64—66	Mk.
2. Februar 1914:	„ „ „ „	61—64	„
6. Oktober 1914:	„ „ „ „	64—68	„
25. Januar 1915:	„ „ „ „	82—85	„
1. Februar 1915:	„ „ „ „	90—94	„
8. Februar 1915:	„ „ „ „	95—100	„
15. Februar 1915:	„ „ „ „	106—110	„

Die Verhältnisse sind so unhaltbar geworden, daß selbst die „Mhein.-Westf. Ztg.“ für die Beschlagnehmung der Kartoffel- und Fleischvorräte und Verteilung durch den Staat eintritt. In Nr. 100 vom 8. Februar schreibt die „Mhein.-Westf. Zeitung“ unter anderem:

„Wir sind wirklich nicht für Staatssozialismus, aber heute ist eben Krieg. Wir führen den gewaltigen Wirtschaftskampf, der je erachtet wurde in allen Büchern, die je über dies Thema geschrieben sind (denn Feinde konnten z. B. nicht rechnen mit der Anbelagerung der Neutralen). Da sind Radikalismen nicht nur erlaubt, sondern geboten, um zum Ziele zu kommen; was das feindliche Ausland darüber fasseln mag, kann uns im heutigen Stadium des Krieges fürchtbar gleichgültig sein, nur aus die Wirkung kommt es an. Man scheut sich nicht, daß sich nicht scheuen bei uns und anderswo, Meeresküsten und Landstürmer, Männer in der Volkstracht der Jahre und der Höhe ihrer wirtschaftlichen Leistung zu einer Million, zwei Millionen, drei Millionen, so viele als gebraucht werden, in den hundert Tausend zu stehen; der Krieg reißt sie, ob Ehefrau, Kinder, Arbeiter oder die Vetreffenden selber es wollen oder nicht, auf die in der Landeshauptstadt festgesetzte Stunde und Minute aus ihrer Bahn; die eiserne Notwendigkeit zwingt eben zu diesem schwersten Eingriff in das Familienleben und die Privatwirtschaft. Nicht es nicht geradezu lächerlich: In Tagen, da man kein Bedenken hat, keinen haben darf, 3 oder 6 Millionen, ganz nach Bedarf, Männer aus den Familien zu nehmen, scheidet man sich, von 25 Millionen Vorkriegstagen 6 oder 8 Millionen einfach zu beschlagnehmern, zu einem Preise, der den Verhältnissen angemessen ist? Der Vergleich ist nicht schön, aber er liegt zu nahe. Die Ministerien des Innern und für Handel müssen sich klar darüber sein, daß sie auf dem Schlachtfelde der Wirtschaft heute Ariegasministerien sind, und demgemäß seien ihre Handlungen unerlässlich. Deshalb führt heute nicht zum Ziel. Kein Mensch verlangt, daß Bayern oder Mecklen die Waren zu ungerechtfertigten Preisen weggenommen werden; die Preisbemessung muß indessen im Interesse des Volksganges sichergestellt werden vor unheilvollen Wirkungen, die nur in der Desorganisation des Käuferheeres liegen. Aber (nicht nur für Fleisch sei es gesagt): Es gibt nicht nur doppelt, wer schnell gibt, sondern bei Beschlagnahmen ist der Reiz, es nimmt doppelt, wer schnell nimmt.“

Und in Nr. 134 vom 17. Februar schreibt die „Mhein.-Westf. Zeitung“:

„Die Preise für Schlachtschweine haben natürlich genau den Weg genommen, den wir vor 14 Tagen hier mangels feiner Zuverlässigkeit der Regierung (nicht nur Höchstpreise, sondern auch teilweise Beschlagnehmung zu angemessenen Preisen) vorhergesehen.“

Seeresverwaltung und Spekulation reihen sich um den riesigen Auftrieb zu den Märkten und dieses Vorgehen nimmt denn auch einen durchaus „normalen“ Verlauf.“ Das Blatt bringt dann die vorstehende Tabelle über die Steigerung der Schweinepreise und fährt fort: „Die Preise, die Monate nach Ausbruch des Krieges noch ganz normal waren, steigen also jetzt trotz riesigen Auftriebes ungeheuer. Soll das so bleiben? Und will man sich darauf beschränken, auf die Fleischer zu schimpfen? Der Deutsche Fleischerverband ruft selber schon nach Höchstpreisen. Aber die allein tun es wirklich nicht; daneben Beschlagnehmung heimischen Schlachtwiehes.“

In derselben Nummer weist die „Mhein.-Westf. Zeitung“ nach, daß die einseitige Festlegung der Kartoffelhöchstpreise beim Produzenten völlig verfehlt habe und fährt fort:

„Außen kann da nur eine durchgreifende Diktatur über das Reich, ähnlich wie sie jetzt hinsichtlich des Getreides und Mehles besteht. Der Zugriff muß nicht nur an den Reinen, sondern zugleich an Zug und Kopf erfolgen; alles andere ist vergebliche Liebesmüh. Also Verbannung von ausländischen Kartoffelgesellschaften über die einzelnen Provinzen oder Aemtkanten, welche das Recht der Vorräte-Aufnahme, sowie Beschlagnehmung zu den Höchstpreisen haben; dazu dann eine Zentralfstelle in Berlin, die den Ausgleich zwischen kartoffelarmen und -reichen Gegenden besorgt; Bestrafung bezw. Entziehung beim Verschmuggeln von Vorräten. Also eine Organisation ähnlich wie bei der Kriegsgeld-Verwaltung. Macht man es anders, so steigen die Preise weiter, besonders hier im Industriebezirk, auf 10 Mk., 12 Mk. und im März-Juni auf 14 Mk. Daß das so kommen wird ohne dies feste Zugreifen, steht so fest wie das Amen in der Kirche. Man soll sich endlich von dem Gedanken freimachen, daß man die Haus-Spekulation tot mahnen könnte.“

Not kennt kein Gebot, sie lehrt selbst die Mhein.-Westf. Ztg.“ Forderungen erheben, die sie früher aus schärfster bekämpfte. Wir sehen jedoch noch weiter: Soll die Volksernährung in der Kriegszeit sichergestellt werden, ist nicht nur die Bestandaufnahme und Beschlagnehmung der Getreide- und Mehlvorräte, die leider erst am 25. Januar verfügt wurde, und der Kartoffel- und Fleischvorräte, sondern auch der sonstigen wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel notwendig. Ganze Arbeit muß gemacht werden, es ist die höchste Zeit. Und nach dem Kriege muß die planmäßige, umfassende Organisierung der Warenherstellung und Warenverteilung eine der ersten und wichtigsten Aufgaben bilden, das erfordert schon unsere wirtschaftliche Landesverteidigung.

Bergbauerhältnisse in Sachsen.

Spät, wie leider immer, ist das „Jahrbuch für das Bergbau- und Hüttenwesen im Königreich Sachsen“ (Jahrgang 1914) erschienen, welches die Statistik von 1913 enthält. Ueber die wirtschaftliche Lage des Bergbaues heißt es auf Seite 77: „Die jährliche Wirtschafts- und Geschäftslage, die der sächsische Stein- und Kohlenbergbau 1912 aufzuweisen hatte, dauerte bis in das Berichtsjahr hinein an. Das Jahr 1913 bot zunächst ebenfalls gute Aussichten, sollte aber im weiteren Verlaufe die gehegten Erwartungen nicht voll erfüllen. Eine Abkühlung der Geschäftslage setzte bei einzelnen Stein- und Kohlenwerken bereits im April ein, um dann weiter um sich zu greifen und schließlich in der zweiten Jahreshälfte ziemlich allgemein zu werden.“

Die wirtschaftliche Bedeutung und Entwicklung des sächsischen Bergbaues, die Gesamtförderung und der Wert derselben, die Arbeiterzahl, Lohnleistung und Wert derselben, sowie der Durchschnittslohn pro Arbeiter in den letzten 14 Jahren, werden durch folgende Zusammenstellung veranschaulicht:

Jahr	Gesamt-förderung in Tn.	Wert der Gesamt-förderung Mark	Zahl der Arbeiter	Jahres-leistung pro Arbeiter		Wert der Leistung pro Arbeiter	
				in Tn.	Mark		
1900	4 802 700	60 804 069	23 497	204,4	2507	1207	
1901	4 638 849	60 961 789	25 611	182,0	2380	1157	
1902	4 407 255	53 530 322	25 155	175,3	2128	1084	
1903	4 450 111	51 374 098	24 791	179,5	2072	1093	
1904	4 475 101	50 826 322	24 709	181,1	2057	1094	
1905	4 008 903	52 320 388	24 615	187,4	2126	1128	
1906	4 812 346	56 824 028	24 413	197,2	2328	1234	
1907	4 879 461	62 656 783	23 086	203,5	2612	1341	
1908	5 020 072	67 712 255	25 726	195,2	2632	1348	
1909	5 041 158	67 422 041	26 507	189,5	2534	1266	
1910	4 998 374	65 473 370	26 067	187,5	2455	1322	
1911	5 056 081	65 587 537	26 107	193,7	2512	1363	
1912	5 065 750	67 162 043	24 917	203,3	2696	1485	
1913	5 445 291	73 386 076	26 007	209,4	2822	1472	
Steiukohlenbergbau.							
Jahr	Gesamt-förderung	Wert der Gesamt-förderung	Zahl der Arbeiter	Jahres-leistung pro Arbeiter	Wert der Leistung pro Arbeiter	Durchschnitts-lohn pro Arbeiter	
1900	1 540 512	4 308 140	2771	555,0	1555	92,3	
1901	1 635 060	4 405 178	3239	504,8	1353	94,1	
1902	1 746 638	4 523 357	3259	535,9	1410	88,9	
1903	1 839 422	4 507 306	3217	571,7	1430	90,6	
1904	1 922 096	4 814 154	3296	583,2	1461	96,8	
1905	2 167 731	5 340 688	3610	600,4	1482	100,4	
1906	2 314 147	5 908 635	3603	642,3	1604	106,1	
1907	2 485 348	6 797 580	3798	654,5	1790	113,7	
1908	2 882 708	8 056 011	4980	584,8	1634	113,0	
1909	3 167 626	8 498 119	4563	604,2	1861	116,3	
1910	3 623 524	9 575 906	5374	674,3	1782	117,4	
1911	4 325 441	10 992 558	5463	783,0	2005	121,4	
1912	5 334 927	13 575 940	6172	864,4	2200	128,7	
1913	6 310 439	15 523 716	6768	932,4	2294	131,1	
Erzbergbau.							
Jahr	Gesamt-förderung	Wert der Gesamt-förderung	Zahl der Arbeiter	Jahres-leistung pro Arbeiter	Wert der Leistung pro Arbeiter	Durchschnitts-lohn pro Arbeiter	
1900	30 108	2 932 767	3560	823	828	88,0	
1901	25 925	2 392 964	3511	738,5	684	82,4	
1902	25 587	1 982 068	3325	709	586	80,5	
1903	24 885	2 037 321	3051	814	668	79,0	
1904	23 352	2 063 298	2832	796	704	80,1	
1905	21 189	2 108 514	2587	818	838	80,3	
1906	21 645	1 690 422	2421	894	698	81,7	
1907	19 988	1 819 118	2304	868	790	84,9	
1908	19 131	1 541 494	2191	87,3	703	86,5	
1909	17 478	1 557 648	1989	87,9	783	87,0	
1910	16 302	1 437 948	1774	91,9	810	89,3	
1911	14 719	1 317 610	1493	100,0	901	92,5	
1912	12 423	1 406 644	1354	91,7	1039	97,7	
1913	11 306	1 210 714	1202	98,2	1007	78,5	

Der sächsische Erzbergbau befindet sich schon seit Jahrzehnten im Niedergang und erfordert Zuschüsse. So betragen die vom sächsischen Staats für den Fortbetrieb der staatlichen Erzbergwerke bei Freiberg aufgebracht Zuschüsse von 1902-1913 11 179 808 Mk.

Die beste Entwicklung zeigt der sächsische Braunkohlenbergbau. Förderung, Wert der Förderung, Arbeiterzahl, Jahresleistung und Wert derselben pro Arbeiter sind in den letzten 14 Jahren ununterbrochen gestiegen.

Auch der Steinkohlenbergbau rentiert sich sehr gut. Besser noch als den vorkleberenden Angaben ergibt sich das aus den Gewinnergebnissen. Es erzielten Reingewinne (in Mark):

Table with 5 columns: Year, Reingewinn der genannten 15 Werke insgesamt, Zahl der Arbeiter, Reingewinn pro Arbeiter, and a final column with values like 1910, 1911, 1912, 1913.

Die Gesamtzahl der im sächsischen Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen betrug 1913: 26 007; davon waren auf den angeführten 15 Werken 22 137 oder 85,1 Prozent beschäftigt.

Wenn der von den genannten 15 Werken verteilte gesamte Reingewinn geteilt wird, durch die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter, so ergibt sich folgendes Bild:

Table with 4 columns: Jahr, Reingewinn der genannten 15 Werke insgesamt, Zahl der Arbeiter, Reingewinn pro Arbeiter.

94 713 560 Durchschnitt von 1900-1913: 331

Der Reingewinn der angeführten 15 Werke betrug danach in den letzten 14 Jahren 94 713 560 Mk.; auf jeden Arbeiter entfiel ein jährlicher Reingewinn von 331 Mk.

Arbeitsverhältnisse im Zeig-Weißener Braunkohlenrevier.

Aus Kameradenkreisen wird uns geschrieben: Als Anfang August vorigen Jahres die Mobilmachung erfolgte, wurden auch in die Belegschaften unseres Reviers große Kliden gerissen.

Die Nachfrage nach den Braunkohlenbriketts wurde auch dadurch gesteigert. So kam es denn, daß nach kurzer Abflaumung des Marktes in den ersten zwei Wochen sich die Nachfrage steigerte. Anfang September hatte sie den alten Stand wieder erreicht.

Trotz aller dieser Maßnahmen war immer ein Arbeitermangel zu verzeichnen. Die Grubenverwaltungen suchten deshalb bereits Mitte November um Ueberweisung von Kriegsgefangenen nach.

Wir erwähnten bereits die stärkere Inanspruchnahme der Tagebaue. Bei diesen ist in normalen Zeiten immer ein größerer Pfeiler Kohle freigelegt. Da die Gewinnung der freigelegten Kohle leicht ist, kann leicht ein Ausfall der unterirdischen Betriebe wettgemacht werden.

Auf Grube von Wosch ist man neuerdings dazu übergegangen, die Gedingelöhne nach Zehntelpfennigen zu bemessen. Bei dieser Praxis kommt es oft vor, daß Hauer und Schleppler zusammen 3,8 oder auch 4,9 Pf. pro Wagen Kohle erhalten.

Nur einer!

Es reißt der Wind vom Baum ein Blatt, von vielen tausend eines. Wer merkt, was er genommen hat? Nur eines ist doch keines.

Fr. H. von Dölleren (in der „Sächsischen Volkszeitung“)

Drei Arten Soldaten.

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht einen Soldatenbrief, dem folgende Absätze entnommen sind: Manche Schlacht habe ich mitgemacht, so manchen lieben Kameraden unter dem Feuer der schweren Festungsartillerie machen wir halt.

Ein Nachtangriff der Franzosen.

Einem Feldpostbrief im „Hamburger Echo“ entnehmen wir: Vergangene Nacht haben wir ein furchtbares Gejacht gehabt. Die Franzosen versuchten, durch unsere Stellung durchzubrechen, doch ist es ihnen nicht gelungen.

Schrapnelle explodieren. Glücklicherweise gehen die Geschosse zu weit oder zu kurz und wir bleiben alle unversehrt. Auch unsere Artillerie greift zu ein.

Aus Rußisch-Polen.

Vom östlichen Kriegsschauplatz wird dem „Volksblatt für Anhalt“ geschrieben: Bei uns ist es jetzt wie in Frankreich. Wir liegen uns im Schützengraben gegenüber und sehen uns auch gegenseitig. Manchmal wird ein Angriff von irgendeiner Seite unternommen, während die Artillerie täglich schießt.

ohne weiteres Rechnung getragen werden. Wenigstens dann nicht, wenn die Arbeiter die vorgeschriebenen Holzarbeiten leisten. Leider gibt es noch immer Arbeiter, denen einige Wagen Kohlen und demzufolge einige Groschen Mehrverdienst lieber sind, als ihre Sicherheit. Es hat deshalb zumeist wieder eine Wählerlei, ein Bauhaus Platz gegriffen, die mirbilligt zu werden verdienen. Doch auch die Beamten sind daran mit Schuld; durch ihr fortwährendes Drängen nach hoher Leistung, Befehl morgens den Bruchschlagger oder Grubenanfänger, heißt es: "Seht mal zu, daß Ihr heute etwas bringt." Kommt dann der Steiger, versteht er es ebenfalls, die Arbeiter für einen möglichst hohen Lohn zu interessieren. Wird dann gewählt und nicht gebaut, so sehen oftmals die Unterbeamten über die vor-schriftswidrige Bauart hin und der Bruch wird am Ende der Schicht geschlagen. Nur wenn der Betriebsführer oder ein höherer Beamter eine derartige Arbeit befiehlt, wird über die lieberliche Bauart geschimpft. Oft setzt es auch Strafen — die in der Regel nicht abgezogen werden. So geht es auf fast allen Gruben zu. Das ist das Merkmal der Kohnenot in den unterirdischen Betrieben. Doch wollen wir anerkennen, daß nicht alle Kameraden so handeln. Es gibt auch vernünftige, denen ihr Leben und ihre Sicherheit lieber ist, als die paar Pfennige Mehrverdienst.

Die Gebirgsgruben sind in den unterirdischen Betrieben die geblieben. In den Tagebaubetrieben sind sie während des Krieges eher noch gesunken. Wir glauben dies feststellen zu müssen, weil auf einer Konferenz der Werkbesitzer eine Erhöhung der Verkaufspreise um 1—1,50 Mk. beschlossen worden ist. Die Werkbesitzer behaupteten dort, die Produktionskosten seien gestiegen. Einen Beweis für diese Behauptung erbrachte man nicht.

Die Kluft der Interessensgegenstände zwischen Bergkapital und Bergarbeiter besteht auch heute noch. Die Gegenstände sind so ausgeprägt, daß unter den schwallenden Verhältnissen keine Gemeinschaft entstehen kann. Die Gesellschaften wie auch die Besitzer von Privatgruben unseres Reviers zahlen den Familien der Kriegsteilnehmer Unterstützung. Diese schwankt zwischen 1—2 Mk. für die Frauen und 2—4 Mk. für je ein Kind pro Monat. Bei den beiden Aktiengesellschaften mögen die Unter-sicherungen große Summen ausmachen. Wie willkommen die Unterstützung auch den Familien sein mag, sie zahlen nur einen Teil der Werte zurück, die von den Arbeitern erst geschlagen wurden. Und wenn die Gesellschaften, wie Nieder, billiges Solaröl abgeben und den Bezug von Materialwaren vermitteln, die Arbeiter lassen sich nicht kaufen. Sie spüren die Gegen-sätze zwischen sich und dem Kapital auf eigenen Leib und werden zur gegebenen Zeit Mittel und Wege finden, sich ihr Los erträglich zu gestalten. Sie kennen die Bedeutung des Wortes: "Vererntet sind wir nichts, vereinigt riesen stark", und werden danach zu handeln zu wissen. s. berg.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Landwirte im Dienst der Volksernährung.

Wie manche Landwirte sich in den Dienst der Volksernährung stellen, zeigt folgendes Beispiel:
In der Gemeinde Sellern (Donau) hat der Pächter Bed-mann sein Amt als Ortsvorsteher niedergelegt, wurde aber von seiner Gemeinde sofort wiedergewählt. Da Bedmann aber die Wahl nicht annahm, rückte sich die Gemeinde verpflichtet, dem Scheidenden ihren besonderen Dank auszusprechen. Sie veröffentlichte dazu fol-gende Erklärung:

"In den Donaustädter Tageszeitungen vom 30. Januar d. J. besagte eine amtliche Bekanntmachung: "Vorsteher Bedmann zu Sellern hat sein Amt niedergelegt."
Im Hinblick auf die Befürchtung, daß Bedmann von seinem be-anwortungsvollen Amt, besonders in dieser kritischen Zeit, das größte Bedauern der ganzen Gemeinde hervorgerufen hat, zumal es W. während seiner 16-jährigen Amtstätigkeit verstanden hat, sich durch Treue in der Erfüllung seiner Pflicht das Vertrauen der ganzen Gemeinde zu erwerben. Dieses wurde dem W. auch dadurch be-wiesen, daß er am 6. Februar d. J. bei der Vorsteherwahl trotz der ihm vom Landrat erteilten Mängel einstimmig zum Vorsteher wiedergewählt wurde.

Weider lehnte W. die Annahme der Wahl ab; hoffentlich wird er aber noch oft Gelegenheiten haben, seinem Nachfolger und diesen Bewohnern der Gemeinde zum Wohl der letzteren mit seinen reichen Kenntnissen und gesammelten Erfahrungen unterstützend zur Seite zu stehen, und hoffentlich wird er der Gemeinde diese Unterstützung nicht versagen.
Für die Gemeinde Sellern. J. K. Meyer."

Welcher Art die "gesammelten Erfahrungen" waren, mit denen der frühere Gemeindevorsteher in "treuer Pflichterfüllung" seinen Ortsangehörigen zur Seite gestanden hat, zeigt eine auf diese Erklärung folgende Zuschrift des Landrats Freiherren v. Wangenheim an die Presse. Sie lautet:

"In der ausgesprochenen Absicht, dem früheren Gemeindevor-stehrer Bedmann gegenüber einer von mir ihm erteilten schärferen Rüge wegen Pflichtverletzung bei der Getreidelieferung, die ich durch Kreisbildbefugnisse vom 29. Januar zur öffentlichen Kennt-nis gebracht habe, ihr fortwährendes Vertrauen zu bekunden, hat die Gemeindeversammlung von Sellern am 6. Februar den Ge-nannten einstimmig zum Gemeindevorsteher wiedergewählt. Dieser hat die Annahme der Wahl abgelehnt. Ich bin hierdurch gewün-scht, folgendes öffentlich festzustellen:

Die Gemeinde Sellern sollte nach Ausschreiben liefern 172 Htr. Weizen, 663 Zentner Roggen. Nach Anzeige des Gemeindevor-stehers sollte sie nur liefern können 52 Zentner Weizen, 405 Zentner Roggen, davon der Gemeindevorsteher selbst 2 Zentner Weizen, 28 Zentner Roggen. Durch von mir angeordnete Verbarometerstation wurde festgestellt, daß die Gemeinde liefern kann 151 Htr. Weizen, 506 Zentner Roggen, davon der Gemeindevorsteher 6 Zentner Weizen, 44 Zentner Roggen. Die Gemeinde Sellern hat also durch ihre Kundgebung nur erreicht, daß ich hiermit öffentlich bekannt geben muß, daß sie in dem Punkte der mangelnden Opferwilligkeit für die Lebensinteressen des Vaterlandes auf der gleichen Stufe mit ihrem früheren Vorsteher gestanden hat."
Ortsvorsteher und Gemeinde sind nach dieser Darlegung einander würdig.

Wohltätigkeitstagen mit 50 Prozent Verdienst.

In den Münchener Neuesten Nachrichten befindet sich ein In-terat folgendes Wortlauts:

"Für einen Wohltätigkeitstagen, der nachweisbar 50 Prozent Verdienst bringen kann, werden noch einige Kapitalisten gesucht. Deren, die über 10 000 bis 50 000 Mk. verfügen, beliebigen Offerten mit Referenzen unter S. M. 9796 an die Expedition einzurichten."

Wir wollen uns in dieser Zeit des "Bürgerkriegs" zu dem ja-meren Interat nicht weiter auslassen, glauben auch, daß jeder Kom-mentär dazu überflüssig ist.

Das Proletariat unter den Kriegstreibern.

In der Deutschen Medizinischen Wochenschrift berichten die Ärzte Siegried Kammer und Antonio da Silva Mello über ihre Erfahrungen bei der Untersuchung von Kriegstreibern. Da es sich hierbei um die große Zahl der von der Königl. Charité in Berlin Gemüterten handelt, so vermögen uns die Zahlen ein interessantes Bild über die Zusammensetzung der Kriegstreiber zu geben. Da finden wir denn, daß die Arbeiter und Handwerker den höchsten Prozentfuß an Tauglichen aufweisen. Von ihnen waren 68 Prozent tauglich, 7 Prozent bedingt tauglich, 17 Prozent noch untauglich und nur 8 Prozent untauglich. Die Tauglichkeit betrug unter den Kauf-leuten und Beamten dagegen nur 58 Prozent, unter den "höheren"

Schülern 50 Prozent und unter den Gelehrten und Studenten 58 Pro-zent. Auch bei den Schülern betrug der Prozentfuß der Untauglichen 8 Prozent, dagegen betrug er bei den Kaufleuten und Beamten 18 Prozent und bei den Gelehrten und Studenten 17 Prozent. Diese Zahlen beweisen, wie wichtig die körperliche Betätigung, wie sie von dem Proletariat notwendigermaßen beruflich ausgeübt werden muß, für die körperliche Entwicklung ist. Er würde noch höher sein, wenn auch die sozialen Verhältnisse entsprechend gestaltet wären, und darum wird in der Arbeit auch mit Recht darauf hingewiesen, daß der Pro-zentfuß der Arbeiter mit minderer körperlicher Entwicklung auf die ungenügenden Arbeitsverhältnisse in Stube und Gabel zurückzuführen werden muß (s. 17 Prozent noch Untaugliche). Es verdient noch erwähnt zu werden, daß sich die Gemüterten aus allen Teilen des Reiches einfinden, so daß die Zahlen also nicht das einseitige Bild weltstädtlicher Bevölkerungszusammensetzung geben.

Tuberkulose und Nemat.

Auf statistischen Tatsachen fußt, kommt Dr. C. Adolphus Knapp im "Journal of the American Medical Association" der Medizinischen Klinik zufolge zu dem Resultate, daß sie andererseits durch die hohen Kosten, die sie verursacht, auch Minderbemittelte verarmt. Er betont, daß häufig nur die später geborenen Kinder von der Tuberkulose befallen werden, da erst bei der größeren Kinderzahl Not eintritt. Er verlangt darum, daß das Volk vor allem lerne, daß es auf die Art, nicht auf die Menge des Wachstums ankomme und daß das soziale Leben besser ausgestaltet werde.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Brennstoffbedarf der Eisenbahnen und die dafür gezahlten Preise.

Der jetzige Krieg stellt auch an die Eisenbahnen beispiellos hohe Anforderungen. Wie zuvor sind so gewaltige Truppenmassen wie jetzt auf den Eisenbahnen transportiert, nie zuvor sind die Eisenbahnen so intensiv zu raschen Umdüppierungen der Reereskörper benutzt worden. Es gehört daher die Erhaltung der Betriebsfähigkeit der Eisenbahnen mit zu den wichtigsten Mitteln der Landesverteidigung. Daher kommt es auch darauf an, durch den Bergbau unsere Eisen-bahnen mit den nötigen Kosten usw. zu versorgen.

Es werden jetzt natürlich noch größere Brennstoffmengen als in Friedenszeiten in Eisenbahnen verbraucht. Welche Mengen schon in Friedenszeiten benötigt werden, ergibt sich aus den Berichten der preussisch-hessischen Eisenbahnverwaltung. Allein von dieser wurden an Steinkohlen und Steinkohlenbriketts, Koks, Braunkohlen- und Braunkohlenbriketts verbraucht:

Jahr	Tonnen	im Gesamtwerte von Mark	Durchschnittspreis pro Tonne
1907	10 202 524	118 780 901	11,64 Mk.
1908	10 098 845	120 241 080	12,51 "
1909	10 007 000	124 091 228	12,45 "
1910	10 400 140	128 002 320	12,39 "
1911	11 161 506	132 013 572	11,91 "
1912	12 043 701	144 219 563	11,97 "
1913	12 477 108	157 012 412	12,60 "

Eine erhebliche Zunahme dieser Verbrauchsmengen während der Kriegszeit ist zweifellos. Nun handelt es sich aber nicht nur um die Kohlen- und Versorgung der preussisch-hessischen Eisenbahnen, sondern auch der bedeutende Bedarf der übrigen deutschen Staats-, sowie auch der Privatbahnen muß beachtet werden. Welt überwiegen und die rheinisch-westfälischen und die oberschlesischen Gruben den Kohlenbedarf der Eisenbahnen decken. Von den 1913 der preussisch-hessischen Eisenbahnverwaltung gelieferten 10 660 241 Tn. Steinkohlen kamen über 6 Mill. Tn. aus dem Ruhrgebiet, 3,95 Mill. Tonnen aus Oberschlesien. Die 1,80 Mill. Tn. Steinkohlenbriketts stammten zu über 80 Prozent aus dem Ruhrgebiet; von den 120 686 Tonnen Koks stammten 75 412 aus dem Ruhrgebiet, 22 693 aus Nieder-schlesien, 21 661 aus anderen Revieren. Der Braunkohlen- und Braun- kohlenbrikettsverbrauch belief sich auf nur 187 072 Tn. Die Ruhr- gebiets-, und damit die oberschlesische Kohle eignet sich am besten für den Eisenbahnbetrieb.

Von allgemeinem Interesse ist die Preisentwicklung für Eisendahn-fosten. Nach den amtlichen Mitteilungen der preussisch-hessischen Eisen-bahnverwaltung hatte sie pro Tonne durchschnittlich zu zahlen für:

Jahr	Steinkohlen	Steinkohlen-briketts	Koks	Braunkohlen und Braunkohlenbriketts
1907	11,40	12,61	17,75	8,48
1908	12,38	13,44	19,48	8,65
1909	12,32	13,53	17,50	7,61
1910	12,27	13,53	17,14	7,08
1911	11,87	12,58	17,12	6,44
1912	11,93	12,31	18,44	6,25
1913	12,58	13,53	20,30	6,57

Wir machen auch hier wieder die Beobachtung, daß die Verkaufs-preise der Steinkohlen lange nicht den starken Schwankungen unter-liegen wie die Bergarbeiterlöhne. Es hat sich der Gebrauch heraus-gelbdt, die von der preussisch-hessischen Eisenbahnverwaltung gezahlten Preise gewissermaßen als Normpreise auch im sonstigen Kohlen-handel zu verwenden. Für die Braunkohlen trifft das allerdings nicht zu, denn ihr Verbrauch seitens der Eisenbahnverwaltung ist zu ge-ring, als daß er für die Preisentwicklung auf dem Braunkohlen-markte ins Gewicht fallen könnte. Neben uns aber die aus-schlaggebenden Steinkohlenpreise an, so finden wir, daß sie seit 1907 niemals unter den Stand in diesem Jahre herabgegangen sind. Da-gegen sind die Bergarbeiterlöhne nach 1907 erheblich gefallen und noch am Anfang 1913 waren die Bergarbeiterlöhne niedriger wie im Durchschnitt 1907! Das ist doch gewiß ein ungerechtes Verhältnis; keineswegs ist es zu rechtfertigen mit den bekannten üblichen Ein-wänden. Die für sie günstige Regelung der Verkaufspreise haben die Werkbesitzer nur auf Grund ihrer starken Organisation er-zielen können. Vergleich, lernet daraus, daß auch ihr einer straffen Organisation zur Wahrung eurer In-teressen bedürft.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Wilhelm Weisler 7.

Der Vorsitzende des Deutschen Rüstungsverbandes, Wilhelm Weisler, ist nach kurzer Krankheit in Hamburg verstorben. Unter starker Beteiligung der Hamburger Kollegen wie auswärtiger Ver-treter, Freunde und Bekannten fand am 9. Februar die Beerdigung Weislers auf dem Ohlsdorfer Friedhof statt. Nur fünf Jahre hat der Verstorbene den Posten als Verbandsvorsitzender be-waltet. Durch seine aufopfernde Tätigkeit für die gewerkschaftliche Organisation hatte er sich das Vertrauen seiner Verbandskollegen erworben, das ihn vor fünf Jahren zu dem Posten als Verbandsvorsitzenden erhob. Seit 1890 bis zu seiner Uebersiedelung nach Hamburg hatte Weisler in Frankfurt a. M. gearbeitet; er gehörte seit dieser Zeit der ge-werkschaftlichen und politischen Organisation an. Daß er sich auch auf dem früheren Felde seiner Tätigkeit das Vertrauen der Arbeiter-schaft erworben habe, beweist, daß er zehn Jahre lang dem Vor-sitze der Allgemeinen Krankenkasse, sowie der Kommission der Ver-einigten Krankenkassen angehörte. In dieser Zeit war er zu fast sämtlichen Krankenkassen-Kongressen delegiert worden. — Wegen seines lauterer Charakters und seiner regen Tätigkeit für die Ar-beiterinteressen ist dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken in der deutschen Arbeiterbewegung gesichert.

Vorländerkonferenz der gewerkschaftlichen Zentralverbände

tagte am 8. und 9. Februar 1913 in Berlin. Sie beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Frage der gesetzlichen Neuorganisation der Arbeitsvermittlung. Es wurde allseitig der Wunsch ausgesprochen, eine gesetzliche oder bundesrätliche einheitliche Re-gelung der Arbeitsvermittlung während des Krieges herbei-zuführen. Nicht allein während des Krieges sondern auch in nor-malen Zeiten haben sich vielfach Unzulänglichkeiten bei der jetzigen Arbeitsvermittlung gezeigt, die aber noch größer würden, wenn nach Beendigung des Krieges der zu erwartende kolossale Andrang von Arbeitskräften nicht in die richtigen Bahnen geleitet werden würde. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung wäre auch um des-

willen notwendig, um die kommunale Arbeitslosenfürsorge wirksam durchzuführen zu können. Die von einer vorbereitenden Kommission aufgestellten Vorschläge für eine solche gesetzliche Regelung der Arbeits-vermittlung wurden einer erweiterten Konferenz am 10. Februar vorgelegt. In dieser Konferenz nahmen außer den Zentralverbänden auch Vertreter der hirsch-bundischen, christlichen und politischen Ver-trustverbände teil, weiter auch Vertreter amtlicher Körper-schaften. Außer einigen unerheblichen Einwendungen kam auch diese Konferenz zu der Ansicht, daß eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung angebracht werden müsse. Eine dort gewählte Kommission, der Vertreter aller Organisationsrichtungen angehören, wurde beauftragt, die weiteren Vorarbeiten für eine Vorlage, die der Reichsregierung eingereicht werden wird, zu machen.

Die Vorländerkonferenz nahm zunächst einen Bericht der Generalkommission entgegen. Die von der Generalkommission mit verschiedenen amtlichen Messoren geführten Verhandlungen wurden gebilligt, auch die Beteiligung an den vom preussischen Ministerium des Innern veranstalteten Lehrkursen über Volksernährung; die Generalkommission wurde nur anheingehoben, auf Abstellung verschiedener Mängel, die beim ersten Kursus zutage traten, hinzuwirken.

Wegen der Nachsprachung des Reichsversicherungsamtes, wonach die von den Gewerkschaften an deren Witwenfonds gezahlten Kranken-unterstützungen auf die Leistungen der Krankenkassen angerechnet werden können, wurde die Generalkommission ersucht, auf eine ander-weitige gesetzliche Regelung der Nachsprache hinzuwirken. Sollten diese Vermählungen keinen Erfolg haben, so müssten die Gewerkschaften zu einer Neuregelung ihrer Leistungen zustimmen.

Die mit der sog. Partei getroffenen Vereinbarungen über die Gehaltsfürungen der Angehörigen während der Kriegszeit sollen auch weiter weitergehen bleiben.

Freies Vereinsrecht wollen wir!

Wie wenig diese Arbeiterbewegung selbst jetzt von bestimmten Unternehmern anerkannt wird, geht aus einer Zuschrift des Ge-neralsekretariats der christlichen Gewerkschaften an die "Adlonische Volkszeitung" (Nr. 127) deutlich hervor. Darin wird zunächst anerkannt, daß in weiten Kreisen die Gewerkschaften jetzt anders beurteilt werden als vor dem Kriege. Dann aber heißt es:

"Das erfreulichste wäre nun, wenn das hier Gesagte allgemein festgestellt werden könnte. Das ist aber leider nicht der Fall; denn auch jetzt gibt es noch zahlreiche Arbeitgeber, die eine Gleichberech-tigung ihrer Arbeiter nicht anerkennen, von einer Aufhebung be-ziehender Koalitionsverbote nichts wissen wollen, bisher wenigstens keine Schritte nach dieser Richtung hin unternommen haben oder, wo solche seitens der Arbeiterorganisationen getan wurden, sie ein-jach abgewiesen haben."

Wahre Erfahrungen nach dieser Richtung hin hat namentlich eine Krankenpflegerorganisation machen können. Ebenso ist von den Straßenbahnbetrieben, privaten wie kommunalen, die Koalitionsverbote für ihre Angestellten und Arbeiter schon vor Jahren erlassen haben, bisher nicht bekannt geworden, daß sie diese Ver-bote aufgehoben hätten. Sie betheilen also nach wie vor dort ..."

Die Zuschrift stellt fest, daß die Militärbehörden vielfach durch Wahrnehmung der Arbeiterinteressen zur Beschäftigung des "Burg-erbens" beigezogen hätten. Dann aber heißt es:

"Angesichts dessen sollte man erwarten, daß Betriebe, die dem öffentlichen Interesse dienen und so enge Verzweigungsstellen mit den weitesten Volksschichten haben wie die Straßenbahnen, schon aus sich heraus ihren Angestellten und Arbeitern das so lange vorent-haltene Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, jetzt endlich ein-räumen. Bei den Straßenbahnen in Aachen, Koblenz, Neuwied, Wormund, Hannover, Gießen, Danzig, M. Glabach, Duisburg, Wiesbaden hat man darauf bisher leider verzichtet gewartet. Glaub-t man denn wirklich, daß mit einem solchen Verhalten dem Bür-gertum gedient sei? Wann endlich wird man denn in diesen Kreisen zu einer gerechten Beurteilung der Arbeiterbewegung kommen?"

In diesen Städten wird also auch jetzt noch sogar den christlichen Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert. Gegen die gewerkschafts-feindlichen Maßnahmen hilft nichts anderes als eine einmütige Aktion der gesamten gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen Deutsch-lands, die alsbald nach Beendigung des Krieges heftigst einjehen müß.

Internationale Rundschau.

Das Kriegsjahr.

Der von uns mitgeteilte friedensfreundliche Aufruf der fran-zösischen Gewerkschaftszentrale fand leider in der am 14. Februar abgehaltenen Konferenz der französischen Sozialisten-führer nicht das erwünschte Echo. Welt fand er teilweise Zu-stimmung, aber gerade die nun mit als Minister in der Regierung sitzenden Abg. Guéde und Sembat führten kriegerische Töne an. Guéde erklärte, vom Frieden dürte keine Rede sein, bis der deutsche Imperialismus nicht die Französischen, englische und russische zersemelter sei. Dazu bemerkt der Berliner "Vorwärts" (Nr. 48), der bekanntlich in seiner Kritik der Extratouren ausländischer Sozialisten sehr zurückhaltend ist:

"Sie (die franz. Sozialisten) meinen, daß eine Niederlage dessen, was sie den deutschen Militarismus nennen, einen Sieg der Demo-kratie, des Prinzips der Selbständigkeit und des Selbstbestimmungs-rechts der Nationen, und daher die Garantie eines dauernden Fried-ens bedeutete. Sie übersehen dabei aber gerade das Entscheidende. Eine Niederlage des deutschen Militarismus durch Krieg ist nur um den Preis einer Niederlage der deutschen Armeen zu haben, deren Hauptmasse eben die deutschen Arbeiter bilden. Und die deutschen Arbeiter können ebensowenig eine Niederlage wollen wie die fran-zösischen und englischen."

Das stärkste Stück leistete sich Sembat, indem er vorschlug, die brutalen Vergeßaltungen der Arbeiterführer in England (Einfet-terung der sog. Dumaabgeordneten, Unterdrückung der Arbeiterpresse) mit Rücksicht auf die "bewundernswürdige Haltung" des russischen Verbündeten nicht zum Gegenstand demokratischer Kritik zu machen! Daraus geht auch hervor, wer im Falle der "Zerschmetterung des deutschen Imperialismus" die Oberhand in Europa gewinnen würde. Das zaristische Rußland, dessen Befangener heute Frankreich dank dem sinvermählenden Revanchegefehr schon ist. Auf einer in London am 16. Februar stattgefundenen Konferenz von 40 englischen, fran-zösischen, belgischen und russischen Sozialisten sind namentlich von A. Clair Harby und MachonaId den Zerschmetterungsstrategien derbe Wahrheiten gesagt worden. Aber auch hier scheinen diese, den in der Tagespresse verbreiteten Mitteilungen zufolge, ihren Ansichten ungeschminkt Ausdruck verliehen zu haben. Wir haben demgegen-über hervor, daß nicht ein einziger deutscher Sozialistenführer als Kriegsziel die Zerschmetterung irgend eines uns nun feindlichen Staates bezeichnet, sondern alle nur die Sicherung der Selbst-ständigkeit Deutschlands verlangen. Das kann aber in dieser höchernsten Zeit nur erreicht werden, wenn das ganze Volk geschlossen für zur Erreichung dieses Zieles durchhält. Wer nun unfererwärts durch zweideutige Äußerungen im Auslande den Eindruck der Unsicher-heit des deutschen Volkes erweckt, der kann den unheilvollsten Schaden anzichten. Sehr richtig urteilt die Essener "Arbeiterzeitg." (Nr. 46) über die Schreibereien einiger quertreibender deutscher Publizisten in der Auslandspresse:

"Die Handlungsweise dieser Genossen ist zweifellos zu be-urteilen. Sie glauben der Sache des Sozialismus und des Friedens zu nützen, wenn sie so schreiben, als wenn immer größere Teile der deutschen Arbeiterschaft sich des 4. August schämten. Sie schämen ihr aber, weil diese Parologungen im feindlichen Ausland die Hoffnung auf inneren Zwiespalt in Deutschland stärken und so den Krieg in die Länge ziehen, statt ihn abzulürzen."

Dem stimmen wir zu. Von diesem Gesichtspunkt aus wird auch jeder weitichtige Friedens- und Volksfreund, der den Krieg durch einen Frieden, der nicht nur einen Waffenstillstand darstellt, denn ein nach-fürchterlicherer Weltbrand folgt, beendet wissen will, Stellung nehmen müssen gegen die verunflüchten Zerschmetterungsstrategen.

Die Wahrheit über Russland.

Ein Bericht des Organisationskomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands...

Die allgemeine Mobilisierung und der unmittelbar darauf ausbrechende Krieg haben die russische Sozialdemokratie völlig überzogen...

Wichtigste mit der Mobilisierung und Erklärung des Kriegszustandes in Petersburg...

Diese beherzigenswerten Ausführungen bestätigen in der Hauptsache den vielangegriffenen Bericht...

Knappschäftliches.

Freie Anlegestelle für Kriegsteilnehmer.

Gemäß einem Beschluß des Vorstandes des Allgemeinen Knappschäftvereins...

Nach den bestehenden Grundrissen müssen die aus dem Kriegsdienst zurückkehrenden Personen...

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dorimund.

„Noch nicht einmal...!“

Am Sonntag, den 14. Februar, hat Kamerad Sachse auf Einladung des Duisburger Gewerkschaftskartells...

Sachse nicht eingeleitet ist in „Harmoniebüfchel“ zu machen, dafür kennt er die und gegenüberstehenden wirtschaftlichen Gegner...

Den Wankelmütigen zur Beherzigung.

Von der Frau des im Felde stehenden Kameraden der Zahlstelle...

„Ihren Brief und Geld habe ich mit großem Dank erhalten. Es freut mich sehr, daß der Verband doch sich so aufopfert für uns...

Diese mutige Frau kann mandchen Kameraden als Vorbild dienen, die da glauben, es in der gegenwärtigen Zeit mit der Erfüllung ihrer...

„Nieder sterben, als unter russischer Herrschaft.“

Ein alter Verbandskamerad schreibt uns aus dem Felde:

L. T.! Über Deine Mitteilung war ich erfreut. Ich habe die Zahl der zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder...

Du schreibst, daß bald alle Feldpoststörche mit dem Wunsch ausfliegen: „Ach, wenn es doch bald wäre!“...

Hier ist noch alles beim alten. Ständig Wachdienst, der mit der Zeit sehr ermüdet, für den Fahndienst aber sehr notwendig ist...

Es hat mich sehr gereut, daß Konrad Haenisch mit zu denjenigen gehört, die die große Zeit verheissen...

Das nächste Mal will ich Dir über das große Leid berichten, welches durch den Krieg über die hiesige Arbeiterchaft gebracht wurde.

Meinungen und Stimmungen aus dem Felde.

Ein alter Verbandskamerad schreibt aus dem Felde:

Je länger der Krieg dauert, je mehr steigt die Sozialdemokratie im Ansehen. Dagegen fällt die Großparteilichkeit so mancher bürgerlichen Zeitungen...

nicht zurück. Auch den Herren Grubenbeamten, welche den Arbeitern mit dem Schlägen drohen...

Heute mittag habe ich mit einem alten französischen Bergbauarbeiter befreundet, welcher 48 Jahre Bergmann gewesen ist...

Nicht schlechter, aber vielleicht etwas besser wie die deutschen Arbeiterfamilien, leben hier die armen Leute...

Zum Schluß möchte ich Dir noch mitteilen, daß die Artikel: „Verschiedenen Zweifeln zur Verfügung“...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 9. Woche (vom 21. bis 27. Februar 1915) fällig...

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie sich beim Umgang in der Zahlstelle...

Dortmund II. An Stelle des Kameraden Mistray führt die Geschäftsstelle als Knappschäftskassier...

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten...

Für den Unterstützungsfonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beträge ein:

- a) In bar: Zahlstelle Eschlinghofen (Bez. Eschlinghofen) 8,60, Hochheide (Bez. Wörs) 40,—...

Das nächste Mal will ich Dir über das große Leid berichten, welches durch den Krieg über die hiesige Arbeiterchaft gebracht wurde.

Sterbetafel

- Auf den Schlachtfeldern sind gefallen: Josef Sager, Bütendorf; Walter Bieweg, Stollberg; Ludwig Dillhaus, Weithmar...